

# Lobbying in der EU: Von notwendiger Expertise und ungleicher Interessensvertretung

Paul Schmidt, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Das Thema Lobbying ist wieder in aller Munde. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten drängt sich vielen die Frage auf, wer eigentlich die politischen EntscheidungsträgerInnen in Europa mit inhaltlicher Expertise versorgt. Bei der Auftaktveranstaltung (16. November 2010) der Diskussionsreihe ÖGB-Europadialog unter dem Titel „Lobbying in der EU – Wer zieht die Fäden?“, in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik organisiert, machte man sich auf die Suche nach Antworten.

## Graubereich „Lobbying“

Wer versucht, durch die gezielte Weitergabe von Informationen politische EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen, wird landläufig als LobbyistIn bezeichnet. Demokratisch legitimiert, z.B. in Verbänden, heißen sie Interessensvertreter. In Brüssel, neben Washington D.C. eine der Lobbying-Hauptstädte der Welt, gibt es einige tausend davon. Alle LobbyistInnen zu erfassen ist schwierig, sie

„Lobbying in der EU – Wer zieht die Fäden?“ (v.l.n.r.) Darmanin (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss), Regner (Europäisches Parlament), Nowotny (Botschafterin i.R.), Strickner (attac Austria) und Kager (ehemals BA/CA)



zu kontrollieren so gut wie unmöglich. ÖGB-Präsident Erich Foglar sprach deshalb von „Graubereichen des Lobbying“ und kritisierte die ungleiche Ausgangslage für ArbeitnehmerInnen und die Zivilgesellschaft, sich Gehör zu verschaffen. Der Einfluss verschiedener Interessensgruppen müsse strukturiert und der soziale Dialog gestärkt werden. Einer der Hauptkritikpunkte am Lobbying: Ein großer Teil dieser Arbeit passiert im Hintergrund und ist für die Öffentlichkeit nicht ersichtlich. Diverse Lobbying-Register, die in Brüssel bereits existieren und auf Freiwilligkeit beruhen, sind deshalb bestenfalls ein erster, kleiner Schritt in Richtung mehr Transparenz. „Und man sieht die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht“, zitierte Marianne Kager, ehemalige Chef-Ökonomin der Bank Austria, Bert Brechts Dreigroschenoper und brachte damit das Problem auf den Punkt.

## Zwischen Information und Intervention

Über zwei Tatsachen waren sich die ReferentInnen einig. Erstens: Die Expertise von LobbyistInnen ist zu einem gewissen Grad eine notwendige Informationsquelle für europäische EntscheidungsträgerInnen. Zweitens: Es besteht eine ungleiche Kräfteverteilung zwischen privater und öffentlicher Interessensvertretung. Anschauliche Beispiele bietet etwa der Finanzmarktbereich: Nicht selten sind ExpertInnengruppen, die EU-Gesetzesvorschläge vorbereiten, gerade in dieser Branche zum Großteil mit VertreterInnen potenter Finanzdienstleister besetzt - einer Gruppe, der ein geringes Interesse an regulierten europäischen Finanzmärkten nachgesagt wird. Demgegenüber steht



Generalsekretär Paul Schmidt, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

unter anderem der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, in dem die Interessen von ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und der Zivilgesellschaft gleichermaßen vertreten sind.

## Mehr Mitsprache im Dickicht der EU-Gesetzgebung

Lobbying ist per se nichts Schlechtes. Es ist Teil des demokratischen Prozesses, auch wenn wirtschaftliche Interessen öfter im Vordergrund stehen. Um Ungleichgewichten in der Interessensvertretung entgegenzuwirken, ist es jedoch notwendig, die Zivilgesellschaft stärker bewusst einzubinden. Der Vertrag von Lissabon könnte dabei helfen, weil er den demokratischen Elementen der EU neue Dynamik verleiht. Die aufgewertete Rolle des Europäischen Parlaments, die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative und die verbesserte Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten könnten sich positiv auf die zivilgesellschaftlichen Mitsprachemöglichkeiten im EU-Gesetzgebungsdschungel auswirken. Gleiches gilt für den ebenfalls gestärkten Sozialen Dialog, bei dem ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gleichberechtigt schon im Vorfeld europäische Gesetze mitgestalten können. Ob diese Veränderungen aber tatsächlich zu einer demokratischeren und transparenteren Willensbildung beitragen werden, liegt letztlich vor allem in den Händen der handelnden Personen.

Mit den Europadialogen geht es weiter. Bereits im Frühjahr ist die nächste Podiumsdiskussion geplant, die die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes behandeln wird. ■

Informationen dazu bald auf [www.oegfe.at](http://www.oegfe.at) bzw. [www.oegb.at](http://www.oegb.at).